



## **Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 06.05.2013

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Bürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Bürgermeister Kuhlmann

Mitglieder:

Herr Stadtrat Braig  
Herr Stadtrat Brenner  
Herr Stadtrat Deeng  
Herr Stadtrat Herzhauser  
Herr Stadtrat Keil  
Herr Stadtrat Kolesch  
Frau Stadträtin Kübler  
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding  
Herr Stadtrat Pfender  
Herr Stadtrat Rieger  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Zügel

Stellvertreter/in:

Herr Stadtrat Abele  
Herr Stadtrat Heinkele  
Herr Stadtrat Späh

entschuldigt:

Herr Stadtrat Dr. Compter  
Frau Stadträtin Sonntag

Verwaltung:

Frau Christ, Stadtplanungsamt  
Herr Dobler, Baubetriebsamt  
Herr Dürr, Hochbauamt  
Frau Hoch, Schriftführerin  
Herr Kopf, Hochbauamt  
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg  
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg  
Herr Merkle, Baubetriebsamt  
Herr Mildenberger, Hochbauamt  
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport  
Herr Rechmann, Tiefbauamt  
Herr Walz, Gebäudemanagement

Gäste:

Herr Mägerle

Presse

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Informationen	
1.1.	Straßenreinigungsbericht 2012	79/2013
1.2.	Winterdienstbericht 2012/2013	76/2013
1.3.	Straßenbauprogramm aus dem Straßenkataster STK 2013 Erneuerung der Uhlandstraße, 2. Bauabschnitt - Vergabe	73/2013
1.4.	Neubau Finanzamt - Aktueller Stand	
1.5.	Aktuelle Stadtpläne in Navigationsgeräten	
2.	Errichtung einer Fahrradstellplatz-Überdachung und einer Müll- box bei der Stadtbücherei	77/2013
3.	Mehrzweckhalle Mettenberg Neubaulösung oder Sanierung/Erweiterung	74/2013 +74/2013-1
4.	Neugestaltung des Freibereichs für die Kindertagesstätte Wie- landstraße - Antrag der CDU-Fraktion zum Haushalt 2013	75/2013
5.	Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungs- plans "Mittelbergstraße 5 - 9"	70/2013
6.	Bekanntgaben	
6.1.	Bekanntgaben - Koordinierung von Baumaßnahmen	
6.2.	Bekanntgaben - Baumaßnahmen am Marktplatz	
6.3.	Bekanntgaben - Fahrradwegeschau	
6.4.	Bekanntgaben - Kulturfabrik Weberstieg	
6.5.	Bekanntgaben - Namensvorschläge für Straßen	
6.6.	Bekanntgaben - Verschmutzung Steg Ratzengraben	
6.7.	Bekanntgaben - Zweiradparksituation vor Edeka Walke am Marktplatz	
6.8.	Bekanntgaben - Abmarkierung des Radweges beim RBZ	

Die Mitglieder wurden am 24.04.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 30.04.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 79/2013 zur Information vor

BM Kuhlmann fällt auf, dass es keine bedeutsamen Veränderungen beim Müllverhalten der Menschen gebe, vielmehr habe man es mit der merkwürdigen Entwicklung zu tun, dass Bürger, die ihren Müll einfach wegwerfen, davon ausgehen, die Stadt werde schon aufräumen.

Herr Merkle pflichtet bei, die Schwerpunkte der Verschmutzung, wie Wieland-Park, ZOB, Grünanlagen Gigelberg, Aussichtspunkt Lindele, Grundschule Gaisental hätten sich nicht verändert. Die Kosten für die Beseitigung des Mülls seien gestiegen, da mehr Personal und Fuhrpark eingesetzt werden musste. Der Auftrag an die Verwaltung, die Auswirkungen darzustellen, den Zustand vor 2009 wieder herzustellen, erfordere eine Wiederbesetzung der Handreinigungsstelle mit Kosten von 47.000 € sowie eine Erhöhung der maschinellen Reinigung um 440 Kehrstunden, was ca. 14.000 € Mehrkosten verursache. Der Präsenzdienst zeige gute Wirkung, man arbeite konstruktiv zusammen. Die Umstellung auf die Gelben Säcke sei an sich kein Problem, wenn aber in der Innenstadt am Montag Leerung sei, würden die Bewohner ihre Säcke oft schon am Wochenende rausstellen, die dann oft durch verschiedene Ursachen kaputt gingen.

Für StR Kolesch stellt Sauberkeit gefühlte Lebensqualität dar, da die Sicherheit mit betroffen sei. Er dankt ausdrücklich für die sehr gute Arbeit unter oft schwierigen Bedingungen. Bei bewusstem Vandalismus müsse so schnell wie möglich gehandelt werden. Er habe vom Präsenzdienst mehr erhofft, nicht nur einen gleichbleibenden Zustand. Die Situation am Bahnhof mit dem oft nicht benutzbaren Aufzug sei nicht tragbar und wenn man wisse, wer der Verursacher sei, wolle man auch Reaktionen und Konsequenzen für die Übeltäter. Er fragt an, ob es eine Möglichkeit gebe, die Verkäufer der Pizzaschachteln mehr in die Pflicht zu nehmen und bittet, wegen des Gelben Sackes im Herbst auf die Kreisverwaltung zuzugehen. Er **stellt die Anträge**, erstens die Handreinigungsstelle wieder zu besetzen und zweitens die maschinelle Reinigung wieder zu erhöhen. Da die Handreinigungsstelle nur nicht dotiert, jedoch nicht gestrichen sei, bitte er darum, die Stelle zügig wieder zu besetzen und nicht bis zum Stellenplan 2014 zu warten.

StR Keil bedankt sich für den ausführlichen Bericht und hält es für wichtig, den Bürgern bewusst zu machen, dass in der Stadt Biberach über 700.000,00 € für Reinigung ausgegeben wird. Die Situation am Bahnhof stelle ein Problem dar und er bittet um Nachfrage bei der Bahn, wie die Schwierigkeiten besser angegangen werden könnten. Er fragt an, ob und wie Privatleute, z. B. Kreissparkasse in die Pflicht genommen werden können, Scherben und anderen Unrat schneller zu beseitigen. Er dankt dem Winterdienst für die Arbeit zu schwierigen Zeiten und für die vorausschauende Bewirtschaftung des Salzes. Auch er hält die Wiederbesetzung der Handreinigungsstelle und den Einsatz erhöhter Maschinenzeiten für sinnvoll und hofft, dass die Verunreinigungssituation mal anders wird.

StR Rieger sieht ein Problem beim Wieland-Park, da man hier nicht reinfahren könne. Den Präsenzdienst hält er für wirkungslos, wenn die Ahndungsmöglichkeit fehle, z. B. könnten Strafen wie eine Putzede verhängt werden, Bachreinigung, sonstige Tätigkeiten für die Müllverursacher. Die Gelben Säcke seien ärgerlich. Ihm fehle die Darlegung, was man für die Kosten der Beseitigung der sinnlosen Vermüllung anderes damit machen könne, z. B. für ein Jugendhaus; es solle ausgerechnet werden, was diese Gedankenlosigkeit die Stadt koste. Er spricht seinen Dank an die Mitarbeiter aus.

StR Weber sieht die Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu mehr Umweltbewusstsein als Aufgabe an, damit Müll erst gar nicht entsteht. Der Präsenzdienst könne zu wenig bei der Verhinderung von Müll bewirken. Er bittet, bei der Bahn anzufragen, ob lang stehende Räder, die offensichtlich nicht mehr benötigt würden, beseitigt werden könnten. Auch er spricht sich für eine frühere Besetzung der Handreinigungsstelle aus.

Für StR Braig bringe es nichts zu lamentieren und zu jammern, da die Grundreinigung eh nötig sei. Die Gelben Säcke müssten eben offen geduldet werden, auch wenn sie ein Problem darstellten, weil nicht jeder eine Blaue Tonne habe.

Für StR Zügel gibt es noch Möglichkeiten, bei der Umstellung vom Bring- auf ein Holsystem im Abfallbetrieb das System zu optimieren. Er weist darauf hin, dass Anträge für die Stellenbesetzung nicht Thema einer Informationsvorlage seien, sondern mit einem gesonderten Antrag im zuständigen Hauptausschuss einzubringen seien.

BM Kuhlmann lässt wissen, schon im Gespräch mit dem Landratsamt zu sein, um das System zu optimieren.

Herr Merkle widerspricht, der Darstellung der Präsenzdienst bringe nicht viel. Dies sehe er anders, da die Situation sonst noch wesentlich schlimmer sei. Er wolle daher einen Stab brechen für diesen Dienst, weil so zum einen Vermüllungen verhindert werden und zum anderen Verursacher entdeckt und zur Rechenschaft gezogen würden. Auch er hält eine konsequente Bestrafung der Verursacher beim Bahnhof für notwendig, es sei aber sehr schwierig, bei Gruppen den Täter zu ermitteln. Es müsse der Nachweis geführt werden, wer die Beschädigung gemacht habe, was leider oft nicht gelinge. Außerdem habe er das Gefühl, dass die Bahn die Reparatur nicht so schnell vornehme, wie gewünscht. Man befinde sich hier in einem Spannungsfeld, weil der Aufzug nach einer Reparatur oft gleich wieder beschädigt sei.

Bezüglich der Vermüllung mit Pizzaverpackungen könne über ein Schreiben an die Verkäufer nachgedacht werden, ob es etwas bringe, sei fraglich, weil es sich um ein Verhaltensproblem der Konsumenten handle.

StR Keil sieht einen Verbesserungsbedarf beim Handeln der Deutschen Bahn, was seitens der Verwaltung bestätigt wird, BM Kuhlmann entgegnet aber, schon seit Jahren viele Gespräche geführt zu haben, ohne eine entsprechende Verbesserung in der Situation erreicht zu haben. Privatpersonen könnten verpflichtet werden, Müll auf ihren Grundstücken zu beseitigen, vergleichbar mit dem Winterdienst. Er bestätigt, dass die Handreinigungsstelle nicht gestrichen, sondern nur nicht besetzt wurde. Da kein Beschluss im Bauausschuss gefasst werden könne, nehme er die Anträge zur internen Abklärung zur Kenntnis. Für den Hauptausschuss müsse eine entsprechende Beschlussvorlage gemacht werden, was verwaltungsintern besprochen werde. Ebenso werde mit dem zweiten Punkt des Antrages, die Erhöhung der Maschinenstunden, verfahren.

**Damit ist die Diskussion beendet.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 76/2013 zur Information vor.

BM Kuhlmann teilt einleitend mit, dass zunehmend Schnee, Eis und Kälte im Winter im Alltag nicht mehr akzeptiert werde und ein Anspruchsdenken entstanden sei, das nicht nachvollziehbar sei. Dabei sei Winter in Oberschwaben etwas Normales und die Räumleistung in Biberach immer noch mehr als gesetzlich gefordert. Dafür bekomme man aber keine Dankbarkeit, sondern viele wütende Anrufe von Bürgern, deren kleine Anliegerstraßen noch nicht geräumt wurden.

Herr Merkle verweist auf den extrem langen Winter, der aber sonst durchschnittlich gewesen sei, ohne besondere Härten. Er erläutert die Sitzungsvorlage, wonach z. B. die Zahl der Tage mit geschlossener Schneedecke nicht extrem gewesen sei, es gab nur mit 247 äußerst wenig Sonnenstunden. Man sei in der glücklichen Lage, wegen der Streusalzhalle nun große Mengen im Sommer einkaufen zu können, was ca. 20 % Einsparungen ausmache. Die flexiblen Einsatzdienste, wie Landwirte, haben sich sehr gelohnt und die 21.000,00 € eine gute Investition. Die Kosten seien aufgrund des langen Winters gegenüber dem Vorjahr angestiegen.

StR Kolesch lobt die Verwaltung und dankt den Mitarbeitern, an der Arbeit gebe es keine Kritik zu üben. Er beurteilt die Verstärkung der Reinigung in den Anliegerstraßen als positiv.

StR Keil will wissen, ob durch die Nord-West-Umfahrung mehr Kosten auf die Stadt zukommen.

StR Rieger zeigt sich hochzufrieden über den Bericht und freut sich über die Salzlagerhalle. Das Verhalten einzelner Bürger habe man nicht in der Hand.

Für StR Späh leisten die Mitarbeiter eine sehr wertvolle Arbeit für den Bürger, für deren Sicherheit und Komfort seien sie oft ab 4:00 Uhr morgens im Einsatz. Ihm sei die große Menge Streusalz aufgefallen und will die möglichen Auswirkungen durch den Einsatz von verflüssigtem Streusalz wissen. Er fragt an, ob durch Einsatz von Splitt nicht mehr Salz eingespart werden könne.

StR Braig entgegnet, Splitt müsse als Sondermüll entsorgt werden und spricht seinen Dank an die Mitarbeiter aus.

Auf Nachfrage StR Keils teilt Herr Merkle mit, dass die Nord-West-Umfahrung im Bereich der Fahrbahn zu keinen Mehrkosten führe, die Betreuung der Geh- und Radwege führe teilweise zu Mehrarbeit. Der Einsatz von Flüssigstreusalz sei kein Allheilmittel, da dieses nur bei bestimmten Wetterlagen einsetzbar sei, was sie gerade wieder bei einem Vortrag des Verbandes kommunaler Reinigung gehört hätten. Daher könne er keine nennenswerte Verringerung versprechen.

Herr Dobler weist darauf hin, dass durch die Umstellung auf das Holsystem auch kleine Straßen frei geräumt werden müssen.

Herr Merkle sieht laut einer Studie aus Freiburg die Gesamtökobilanz von Splitt eher schlechter an, weshalb es wohl bei der bisherigen Mischung Salz-Splitt bleibe.

**Damit ist die Diskussion beendet.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 73/2013 zur Information vor

StR Späh will wissen, warum ein Planungsansatz für Entschädigungen vorgesehen sei.

Herr Rechmann erläutert, weil man bei dieser Baumaßnahme sehr nahe an die Hauswände gelangte, sei dieser Kostenpunkt zur Sicherheit aufgenommen worden.

## **TOP 1.4    Neubau Finanzamt - Aktueller Stand**

BM Kuhlmann erläutert anhand eines Planes das vorgesehene Bürogebäude, welches als dreigeschossiger Bau mit einem Atrium geplant sei. Dem Bauvorhaben ging ein Architekturwettbewerb voran, welcher eine Glasfassade vorsah. Diese ist aus Kostengründen nicht realisierbar, weshalb nun graue Betonfertigelemente mit vertikalen Glasscheiben für die Gestaltung der Fassade zum Einsatz kommen. Damit sei immer noch ein hohes Maß an Transparenz vorhanden. Er freue sich, dass mit dem Neubau 15 im Landkreis verteilte Stellen in Biberach konzentriert werden können, was eine tolle Entwicklung sei, weshalb der Neubau von der Stadt sehr begrüßt werde.

StR Keil will wissen, wie es mit der Stellplatzsituation bestellt sei und warum der Verbindungssteg zum bestehenden Gebäude fehle.

BM Kuhlmann hält eine Differenzierung bei den Stellplätzen für notwendig. Zum einen gehe es um den Wunsch der Mitarbeiter, einen Parkplatz zu haben und zum anderen um die Anzahl der baurechtlich notwendigen Stellplätze. Diese werden nach dem Mittelwert der Stellplatzverordnung errechnet. Hier befinde sich die Stadt derzeit noch in Diskussionen mit dem Land, da die Stadt die baurechtlich notwendige Zahl an Stellplätzen verlange. Der Steg ist hingegen nicht Bestandteil des Bauantrages.

**Damit ist die Information beendet.**



## TOP 1.5 Aktuelle Stadtpläne in Navigationsgeräten

Auf Nachfrage von StR Braig teilt Frau Christ mit, bei großen Anbietern wie Teleatlas und Navtec angefragt zu haben, ob Routenvorschläge möglich seien. Ihre Recherche hat ergeben, dass jeder Onlinekorrekturvorschläge machen könne, jedoch sind Routenvorschläge von einzelnen Städten nicht möglich. Es handle sich um private Anbieter von Kartenmaterial, die Stadt gebe einen eigenen Stadtplan heraus, der aktuell gehalten werde.

StR Braig fragt an, ob Tonnageänderungen möglich seien.

BM Kuhlmann entgegnet, dafür sei eine verkehrsrechtliche Anordnung erforderlich.

StR Heinkele will wissen, ob die Verkehrszeichenregelung für die Nord-West-Umfahrung von Riedlingen her kommend für den Fernverkehr nachgebessert werden könne, da Memmingen weiter durch die Stadt geführt werde.

BM Kuhlmann lässt wissen, dass die Bundesstraße durch die Stadt geführt werde und somit erst eine Umwidmung erforderlich sei, danach dann könne auch umgeschildert werden. Er erklärt die Diskussion für beendet, da diese Problematik nicht Bestandteil der Anfrage war.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 77/2013 zur Entscheidung vor.

Herr Kopf führt aus, inspiriert durch eine Fahrradstellplatzanlage in Friedrichshafen hätte Herr Mildenberger diese weiter entwickelt und die jetzt vorgestellte Stahlkonstruktion sei das Ergebnis. Stahl sei pflegeleichter als Glas, weshalb man sich dafür entschieden habe.

StR Kolesch unterstreicht die Notwendigkeit der Fahrradüberdachungen, die Vorlage sei nur schwierig bezüglich der Kosten, da 22 Stellplätze für 75.000,00 € verdammt wenig seien. Ursprünglich seien 50.000,00 € vorgesehen gewesen und man bitte um kreative Gedanken, um mit einem geringeren Betrag auszukommen. Er fragt an, warum die Stahlkonstruktion 3,30 m hoch sein müsse, seines Erachtens müssten 2,50 m auch ausreichen. Die Rhythmisierung der Anlage sei zwar ein Argument, eventuell sei aber auch eine andere Lösung möglich. Er befürchte, dass ohne eine Rückwand die Überdachung nicht den gewünschten Effekt habe, weshalb durch eine niedrigere Ausführung ein besserer Schutz erreicht werden könne. Eventuell könne die Konstruktion auch als Modell für andere städtische Plätze dienen und mit einem "Serienmodell" Kosten gespart werden.

StR Keil zeigt sich erfreut über die Vorlage, auch über die Formgebung der Anlage, was der Bau Podreccas auch verdient habe. Materialität und Entwurf passten, er werde auch der doppelten Funktion, für die Ausleiher der Bücherei und andere Veranstaltungen dienen zu wollen, gerecht. Der Platz sei aus Sicherheitsgründen gut gewählt, und die Planung so neutral, dass sie sich auch woanders einfüge. Allerdings sehe auch er die Anzahl von 22 Stellplätzen als kritisch an. Man müsse die Option offen halten, mehr Plätze schaffen zu können. Er will wissen, ob die gewählte Höhe der Proportionalität für den Platz geschuldet sei und ob der Müll mit Holz eingehaust werden müsse. Als gut sehe er die Aufladestation an, eventuell könne Strom durch Photovoltaik gewonnen werden.

Für StR Rieger ist es eine gelungene Sache und er hoffe, dass der Standort auch Akzeptanz finde. Er fragt an, ob eine Simulation für die Höhe möglich sei, da sie eventuell aus ästhetischen Gründen notwendig sei. Er hält einen Witterungsschutz nach hinten für erforderlich eventuell mit Glas, da Glas eventuell bei Graffitiverschmutzungen leichter zu behandeln sei. Bezüglich einer Steckdose warne er vor voreiligem Aktionismus, da der Nutzer sein Ladegerät nicht alleine lasse und ansonsten eine teurere Lösung wie in Meckenbeuren erforderlich sei. Darüber hinaus stelle eine mögliche Beschallung des Viehmarktplatzes auch ein Problem dar.

StR Weber fände Glas zeitloser, ansonsten befürworte er die Planung.

StR Herzhauser weist darauf hin, dass durch eine geringfügige Änderung der Planung jeweils 2 weitere Bügel anbringbar wären, dann seien 26 Abstellplätze möglich.

BM Kuhlmann teilt mit, ein Modell für die ganze Stadt gesucht zu haben und sich bewusst für eine ruhige Gestaltung entschieden zu haben. Stahlblech wurde im Hinblick auf Vandalismus für sicherer gehalten, den Vorschlag von StR Herzhauser nehme man gerne auf. Ebenso werde eine Höhenreduzierung nochmals geprüft, eine Kostenreduzierung auf 50.000,00 € werde bei dieser Qualität aber nie erreichbar sein. Man nehme als Signal mit, auf dem richtigen Weg zu sein, Einsparungen werden geprüft.

Herr Kopf erläutert, in diesen Kosten seien die Fundamente für die Bügel mit enthalten, die Beleuchtung müsse versetzt werden und das Material Stahl sei leicht und filigran, aber auch teuer. Dennoch habe man sich dafür entschieden auch unter dem Gesichtspunkt, dass in der sensiblen Innenstadt eine möglichst einfache Lösung bevorzugt werde. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanberatungen standen auf einer anderen Haushaltsstelle 25.000,00 € als Rest, die aber nun verfallen seien. Für die jetzige Vorstellung habe man zwei Vorabangebote bei Stahlbauern eingeholt und bereits Einsparungen erzielt. Die Stromdosen seien verzichtbar. Weil die Feuerwehr bestimmte Abstände verlange wurde der jetzige Standort gewählt, außerdem bestünde ein Wetterschutz auch durch die vorhandene Bücherei.

StR Abele sieht Kosten von 2.500,00 € pro Stellplatz als zu viel an und plädiert dafür, nochmals in medias res zu gehen, ob nicht eine kostengünstigere Lösung erreichbar sei.

StR Späh hält es für wichtig, Räder in der Innenstadt unterbringen zu können und hält Qualität für notwendig, auch wenn sie koste.

BM Kuhlmann lässt wissen, es gebe Modelle von der Stange, die aber in der Altstadt nicht vorstellbar seien. Eventuell sei eine weitere Reduzierung möglich, man werde nochmals Gespräche mit den Firmen führen. Eventuell ergebe sich auch ein Preisvorteil für die Anbieter, wenn das Modell in Serie gehen könne.

Um die Planung nicht zu verzögern, **sagt** BM Kuhlmann **zu**, bevor vergeben werde, komme man nochmals auf den Bauausschuss zu und bittet um Zustimmung.

Mit dieser Zusage fasst der Bauausschuss einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

- 1. Die überdachten Fahrradstellplätze sowie die Müllbox für die Stadtbücherei werden wie dargestellt realisiert.**
- 2. Auf der Haushaltsstelle 2.3520.943000.0-100 (Anl. 9) werden überplanmäßig Ausgaben in Höhe von 25.000,-- € bewilligt, da im Haushalt 2013 nur 50.000,-- € eingestellt sind.**

Auf Antrag StR Koleschs werden wegen des großen Publikumsandrangs die Tagesordnungspunkte 3 – 5 vorgezogen.

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 74/2013 zur Beratung vor

BM Kuhlmann geht kurz auf die Vorgeschichte ein, wonach eine Sanierung der bestehenden Halle beinahe die gleichen Kosten wie ein Neubau im vorgesehenen Umfang verursacht hätte, weshalb sich die Verwaltung entschieden habe, eine Neubaulösung zu favorisieren und darüber mit der Ortschaft ausführliche Gespräche geführt zu haben, um deren Anliegen zu berücksichtigen. Am vorgesehenen Standort sollen nun die Baugrenzen ganz ausgenutzt werden, bereits bei einer Bauvoranfrage wurde die Erweiterung der Halle um eine Bühne bei den Anwohner positiv abgefragt. Der Neubau wecke aber Begehrlichkeiten, die Verwaltung könne den Beschlussantrag des Ortschaftsrates nicht empfehlen, da, auch im Hinblick auf die Halle in Stafflangen, die Spielfläche nicht zu Lasten der Nebenräume vergrößert werden solle und eine Erhöhung auf 600 m<sup>2</sup> am bestehenden Standort nicht möglich sei.

Herr Kopf ergänzt, dass bislang Konsens darüber bestanden habe, die Halle um eine fest eingebaute Bühne und Nebenräume zu erweitern. Die Einhaltung von Brandschutzvorschriften, Änderung der Versammlungsstättenverordnung hätten jedoch zu Kosten geführt, die einen Neubau begünstigen. Da die Bühnenflächen auch für den Sportbetrieb mit benutzt werden könnten, bestehe ein zusätzliches Raumangebot für den Sportverein, was als ausreichend angesehen werde.

BM Kuhlmann teilt mit, für den Wettbewerb solle das Raumprogramm noch offen bleiben, dem Wunsch des Ortschaftsrates, eventuell Umkleideräume und Duschen im Untergeschoss unterzubringen, könne er aus Gründen der Barrierefreiheit nicht befürworten. Ein Aufzug verursache Mehrkosten, insbesondere im laufenden Betrieb. Deshalb solle eine ebenerdige Organisation vorgezogen werden, auch seien Technikflächen eher gering. Der Konflikt, am bestehenden Standort mehr Spielflächen zu haben, könne bei Einhaltung des derzeitigen Kostenrahmens nicht ausgeräumt werden.

StR Kolesch bittet darum, bei allen Diskussionen die gute Nachricht nicht zu vergessen, dass Mettenberg eine neue Halle bekomme. Die Botschaft laute, die Stadt sei bereit, 3 Millionen Euro in die Hand zu nehmen, um einen Neubau zu realisieren. Dies sei besser, als die bestehende Halle zu ertüchtigen. Aus Zeitgründen sei es auch schwierig, nochmals eine neue Diskussion für einen anderen Standort zu eröffnen, zumal die Halle nun deutlich größer werde. Für die CDU seien die Gründe des Ortschaftsrates nachvollziehbar, eine zukunftsgerichtete Halle haben zu wollen. Man müsse aber gut überlegen, ob der aus dem Ortschaftsrat entwickelte Entwurf mit 600 m<sup>2</sup> Spielfläche gut durchdacht sei, da ansonsten die Nebenflächen für andere Vereine zu klein werden. Wichtig sei eine Teilbarkeit der Halle. Für die CDU müssten die Anforderungen aller Vereine erhoben sein, welche die Halle künftig nutzen wollen. Man wünsche ein zügiges Vorangehen, da im Sommer 2014 mit dem Bau begonnen werden solle. Die Verwaltung müsse schauen, eine Vereinbarung mit dem Sportverein hinzubekommen. Nach dem Abbruch der Sporthalle muss die Frage der Duschen geklärt werden.

Die CDU könne den geänderten Antrag des Ortschaftsrates mittragen, wenn die Gesamtfläche gleich bleibe.

Für StRin Kübler ist die alte Halle nicht mehr zeitgemäß, zumal bei einem Neubau die Kostenobergrenze definiert werden könne, was bei einer Sanierung nie so klar sei. Die Wünsche des Ortschaftsrates seien zwar nachvollziehbar, aber auch die Funktionsräume müssten groß genug sein. Sie fragt an, ob eine Teilaufstockung möglich ist und ob die Verwaltung aufzeigen könne, was dies an Mehrkosten verursachen würde. Der Standort sei nicht unproblematisch, da es bei den Stellplätzen jetzt schon eng werde, man könne auch eine Kombination Vereinsheim-Mehrzweckhalle prüfen. Allerdings bestünde ein Zeitproblem, wenn ein anderer Standort geprüft werde.

StR Zügel hält den Neubau für die bessere Lösung, er wolle aber beim Beschlussantrag der Verwaltung bleiben, um den Ortschaftsrat vor einem Eigentor zu bewahren. Die Optimierung der Baugrenzen, welche zu einer Erweiterung der Hallenfläche führe, müsse ausreichen. Auch ein Vereinsheim müsse bezahlbar bleiben, wegen der Duschen müsse eine vorübergehende Lösung gefunden werden.

StR Weber bekräftigt die wichtige Funktion der Halle für das Gemeinwesen und zeigt sich erfreut über den Neubau, da die Ortschaft selbst auch mit einer Sanierung zufrieden gewesen sei. Der Sportverein habe zwischenzeitlich 500 Mitglieder. Wegen der Nutzung durch die Schulen und die flexible Mittagsbetreuung sei der jetzige Standort wichtig. Man wolle eine größtmögliche Spielfläche, die auch teilbar sei. Eine Teilaufstockung bzw. Unterkellerung müsse doch möglich sein, er bitte darum, dass bei der Planung verschiedene Möglichkeiten in Erwägung gezogen werden. Die Kosten seien zwar ein Punkt, man müsse aber für die Zukunft planen. Innerhalb der bestehenden Baugrenzen solle so viel wie möglich an Nutzungen untergebracht werden.

StR Braig zeigt sich irritiert über die Aussage StR Webers, auch mit einer Sanierung einverstanden zu sein. Wegen der Entwicklung im Talfeld, deren Bewohner zunehmend die Einrichtungen Mettenbergs in Anspruch nehmen, müsse schon diskutiert werden, ob der bestehende Standort langfristig richtig sei. Man müsse eine sachgerechte Entscheidung treffen.

Für OV Krause ist ein besonderer Tag für Mettenberg, da auch für eine reiche Stadt wie Biberach 3 Millionen keine alltägliche Ausgabe seien. Er dankt für die Arbeit des Baudezernates und begründet den Ergänzungsantrag des Ortschaftsrates, ob im Rahmen fester Vorgaben eine Vergrößerung der Spielflächen möglich sei. In Mettenberg sei das Normfeld 15 x 27 m und reiche von Wand zu Wand, es könnten nicht mal Bänke aufgestellt werden. Er bitte um eine Entscheidung mit Augenmaß.

BM Kuhlmann bleibt dabei, vom dargestellten Raumprogramm nicht abzuweichen, bei der Mehrfachbeauftragung der Architekten aber die Möglichkeit offen zu halten, durch einen kreativen Entwurf vielleicht doch ein größeres Spielfeld in der Halle zu bekommen.

Herr Kopf verweist darauf, das Raumprogramm gemeinsam mit dem Ortschaftsrat und den Vereinen für die Auslobung durchzugehen. Die Zeitschiene sehe wie folgt aus: Entwicklung des Raumprogramms, Auslobung, Abbruch und Beginn des Neubaus im Herbst 2014. Die Bruttogeschossflächen seien der verlässlichste Kostenvorgeber, weshalb man bei Zweigeschossigkeit von einem doppelten Kostenansatz von ca. 1.700 € pro m<sup>2</sup> plus Nebenkosten und Mehrwertsteuer ausgehen könne.

StR Weber fragt an, ob beim Auslobungstext nicht offen gehalten werden könne, dass eine Teilaufstockung oder Unterkellerung zumindest nicht ausgeschlossen sei.

StR Zügel zeigt sich zufrieden mit dem was nun auf den Weg gebracht werde und verweist auf die Gleichbehandlung mit anderen Ortsteilen.

StR Abele hält eine komplette Einschränkung auf eine Ebene für nicht erforderlich.

BM Kuhlmann **sagt zu**, prüfen zu wollen, ob man eine Unterkellerung oder Aufstockung der Halle als Möglichkeit in den Auslobungstext für Architekten mit hinein nehmen, allerdings müsse der Kostenrahmen eingehalten werden.

Daraufhin fasst der Bauausschuss einstimmig den

#### **Beschluss:**

- 1. Die Turn- und Festhalle Mettenberg, wird am bestehenden Standort neu errichtet.**
- 2. Es wird das Raumprogramm der bestehenden Halle zuzüglich der bisher geplanten Erweiterung zugrunde gelegt.**
- 3. Es wird eine Mehrfachbeauftragung an 4 bis 5 Architekturbüros zur Entwurfsfindung ausgelobt. Den Teilnehmern an der Mehrfachbeauftragung wird die Aufgabe gestellt, gegebenenfalls eine etwas größere Hallenfläche dann anzubieten, wenn dies durch geschickte Anordnung von Räumen bzw. durch Nutzung der geringfügigen Vergrößerung der Bruttogeschossfläche durch Ausnutzung der Baugrenzen und der Gebäudeecken möglich ist.**

Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 75/2013 zur Beratung vor

BM Kuhlmann entschuldigt sich einleitend, dass die Vorlage nicht zum Ausdruck bringe, es handle sich um einen Antrag der CDU. Im Rahmen der Haushaltsberatungen kam das Thema auf, hier tätig zu werden, weil der Außenspielbereich der Kita einen dringenden Handlungsbedarf erfordere.

Das Stadtplanungsamt hat mit dem Büro Fischer + Partner einen Entwurf erarbeitet, den Frau Christ vorstellte. Künftig stünden nach Hinzunahme einer Fläche in Richtung Süden zur ehemaligen Mond-Gaststätte 390 m<sup>2</sup> Spielfläche pro Gruppe zur Verfügung, insgesamt wird eine Größe von 1.560 m<sup>2</sup> erreicht, was im Vergleich zu anderen Kindergärten immer noch im unteren Bereich liege. Die Planung wurde mit der Einrichtung, dem Fachamt und dem Planungsbüro abgestimmt. Das Ziel war, die guten vorhandenen Einrichtungen wie Spielhaus und 2 Gerätehütten beizubehalten und in die neue Planung sinnvoll einzugliedern. Ebenso sollen Bäume zur Ehinger Straße bleiben sowie eine vorhandene Hecke und eine Mauer. Die Kostensteigerung von 140 auf 147 € pro m<sup>2</sup> Bruttofläche sei durch die Flächenerweiterung begründbar.

StR Kolesch bedankt sich für das Lob, den Antrag eingebracht zu haben, er sehe dies auch als Aufgabe des Gemeinderates, da die Verwaltung nicht alles sehe. Es handle sich hier um einen wohl am intensivsten genutzten Kindergarten der Stadt und betont die Wichtigkeit, dass der Freibereich nun schön gestaltet werde. Der vorliegende Entwurf stelle eine riesige Verbesserung dar. Eine Besonderheit sei die Verknüpfung mit dem Hort, weil unterschiedliche Angebote verknüpft werden müssten. Er bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Baubeginn während der dreiwöchigen Schließung der Tagesstätte in Angriff genommen werde. Er fragt an, weshalb die Planungskosten fast 20 % der Baukosten ausmachten.

Auch für StR Nuding war die Planung überfällig, da der Zustand sehr schlecht war und dankt der CDU für den Antrag. Die Freibereiche sollten bei jedem Kindergarten in Ordnung sein. Er fragt an, ob Kies der richtige Fallschutz für die Kinder sei, ob die Schulhoffläche mit einbezogen werde, ob eine Mischung zwischen Schulkindern und Kindergartenkindern zu Problemen führe und äußert Kritik an der Begrifflichkeit, ob es nun Kindertagesstätte Wielandstraße oder Kindertagesstätte Pflugschule heiße.

StR Zügel ist wichtig, dass der Freibereich keinen Zugang zur Ehinger Straße eröffne, hier müsse unbedingt auf eine Absperrung geachtet werden.

StR Späh fragt in Anbetracht der hohen Kosten von 275.000,00 € an, ob eine Öffnung für alle Kinder außerhalb der Öffnungszeiten möglich wäre.

BM Kuhlmann entgegnet, aus haftungsrechtlichen Gründen bestehe ein Konfliktfeld, das nicht lösbar ist. Die Kindertagesstätte müsse sicher stellen, dass der Platz in Ordnung ist, weshalb der Spielplatz außerhalb der Kita-Zeiten nicht frei zugänglich gemacht werden könne.

Frau Christ sieht eine Chance für den Fall, dass eine Grundschule in die Pflugschule einziehe, da dieser Bereich mit einbezogen werden könne. Es solle Rollkies, keine scharfkantigen Steine verwendet werden, da Hackschnitzel als schimmelfähig gelten. Offiziell heiße die Kindertagesstät-

te Wieland, Pflugschule war der Arbeitstitel, der auf der Vorlage leider nicht mehr angepasst wurde. Das Tor als Absicherung zur Ehinger Straße bleibe erhalten.

BM Kuhlmann lässt wissen, die Landschaftsarchitekten würden höher bezahlt als Hochbauarchitekten, womit der hohe Planansatz zu begründen ist.

**Der Bauausschuss fasst einstimmig den Beschluss, dem Gemeinderat zu empfehlen, entsprechend der Verwaltungsvorlage zu entscheiden.**

- 1. Die vorliegende Entwurfsplanung vom Büro Fischer + Partner ist Grundlage für die weitere Planung und Umsetzung des Freibereichs für die Kindertagesstätte Wielandstraße.**
- 2. Mittel in Höhe von 142.000,-€ werden auf der Haushaltsstelle 2.2700 941000-100 überplanmäßig bereitgestellt. Die Deckung ist gewährleistet durch Sperrung entsprechender Mittel auf der Haushaltsstelle 2.8170.930000-900 Rücklagenzuführung an Stadtwerke Biberach GmbH.**



Dem Bauausschuss liegt die Drucksache Nr. 70/2013 zur Beratung vor

BM Kuhlmann sieht einen Bauboom in Biberach, weshalb es sinnvoll sei, Innenentwicklungsflächen mit Wohnbebauung zu überplanen. Hierfür solle das Instrument des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes genutzt werden, da so in einem nächsten Schritt die Anwohner in die Planung einbezogen werden könnten. Es sollen ca. 18 Wohneinheiten, aufgeteilt auf drei Baukörper, entstehen und lässt ein Modell durchreichen, in dem die schwierige Geländesituation begreifbar wird und die Planung ersichtlich. In einem nächsten Schritt folge ein Bericht über das Ergebnis der Bürgerbeteiligung.

StR Kolesch sieht im vorhabenbezogenen Bebauungsplan ein gutes Instrument, um den Schutz der Anwohner und deren Belange beachten zu können. Er fordere die Nachbarn auf, sich zu melden, da es keinen Vertrauensschutz gebe, dass nie etwas Neues komme. Hier bestehe die Möglichkeit, an einer attraktiven Stelle nachzuverdichten.

StR Keil beurteilt das Bauvorhaben grundsätzlich positiv, es handle sich um einen attraktiven Standort, relativ nahe zur Innenstadt. Sehr teures Wohnen werde wegen der Verschattung des Hanges nicht angeboten werden können und will wissen, um was für ein Gebiet es sich handle.

Für StR Zügel handelt es sich um einen wichtigen und sinnvollen Beitrag zur Nachverdichtung und will wissen, wer den VEP bezahle, dies sollte aus dem Beschluss hervorgehen. Er fragt an, ob die Haushöhe des Gebäudes Nr. 9 richtig dargestellt sei..

Auch für StR Späh stellt sich die Frage nach dem Gebietscharakter und es ist ihm wichtig, die Interessen der Bürger/Anwohner mit aufzunehmen. Durch den Bau der Tiefgarage käme es zu einer Verteuerung der Einzelwohnungen, ansonsten aber Zustimmung.

BM Kuhlmann führt aus, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan bezahle immer der Antragsteller, weshalb im Beschlussantrag darauf nicht eingegangen wurde.

Frau Christ lässt wissen, mit der Stellung der Baukörper den Rhythmus der Straße mit den Lücken aufgenommen zu haben und eine zweigeschossige Bebauung mit Staffelgeschoss als vertretbare Lösung gesehen zu haben. Wegen des komplizierten Geländeverlaufes, bei Haus 5 steige das Gelände stark an, habe man dieses anheben müssen, sonst wäre das Erdgeschoss komplett im Boden versunken. Deshalb sei dieses Gebäude etwas höher, was aber zur Waldseer Straße hin vertretbar sei. Haus Nr. 9 sei bewusst nicht länger als 20 m, um den Eingriff in den Hang so gering wie möglich zu halten. Als Gebietscharakter wurde allgemeines Wohngebiet festgelegt, daran schließe sich ein Mischgebiet an, was eine sinnvolle Abstufung darstelle.

**Ohne weitere Aussprache fasst der Bauausschuss einstimmig den Beschluss, dem Gemeinderat zu empfehlen, entsprechend der Verwaltungsvorlage zu entscheiden.**

## **TOP 6.1 Bekanntgaben - Koordinierung von Baumaßnahmen**

StR Kolesch zeigt sich verärgert über die mangelnde bzw. fehlende Koordination von Maßnahmen zwischen Stadt und e.wa riss. Bei der Kolpingstraße handelte es sich wegen einem Leck in der Gasleitung um Gefahr im Verzug, aber jetzt bestünde zeitgleich eine Baumaßnahme in der Gaisentalstraße mit einseitiger Straßenführung, die ohne Not jederzeit hätte verschoben werden können. Das gehe gar nicht und er fordert die Verwaltung auf, Gespräche mit der e.wa riss zu führen. Er bitte auch darum, den Bauausschuss als Verkehrsausschuss über solche Maßnahmen rechtzeitig zu informieren. Es müssten auf höchster Ebene Pflöcke eingehauen werden, damit solche Behinderungen in Zukunft vermieden werden können.

BM Kuhlmann teilt mit, bereits bei der e.wa riss nachgefragt zu haben, von wo ihm bestätigt wurde, dass keine Koordination stattgefunden habe.

## TOP 6.2 Bekanntgaben - Baumaßnahmen am Marktplatz

StR Kolesch beschwert sich über die ordnungsamtliche Anordnung, für die Baustelleneinrichtung Marktplatz 24 elf Stellplätze dauerhaft gesperrt zu haben. Dieses war zumindest bislang nicht notwendig, da oft nur ein Baufahrzeug abgestellt wurde und **beantragt** er eine Änderung der Beschilderung, zumindest abends ab 17:00 Uhr und am Wochenende parken zu können.

BM Kuhlmann **sagt zu**, dies mit OB Zeidler besprechen zu wollen und Rückmeldung zu geben.

### **TOP 6.3    Bekanntgaben - Fahrradwegeschau**

StR Keil teilt mit, vor ca. 14 Tagen habe eine Radwegeschau stattgefunden und er bitte um Mitteilung, ob man Vorschläge jetzt einbringen könne. Er habe bislang teilweise auf Vorschläge keine Rückmeldung erhalten.

BM Kuhlmann bittet darum, Maßnahmen zur Umsetzung des Radwegekonzeptes an Frau Christ/Frau Fischer weiter zu geben und bittet aber um Verständnis für seine Mitarbeiter, die randvoll mit Arbeit seien und deshalb nicht immer zeitnah geantwortet werden könne.

## **TOP 6.4    Bekanntgaben - Kulturfabrik Weberstieg**

StRin Kübler erkundigt sich nach dem Sachstand.

BM Kuhlmann lässt wissen, dass Herr Grundwald das Projekt aus gesundheitlichen Problemen nicht weiterverfolgen wolle und der vorhabenbezogene Bebauungsplan für die Kulturfabrik nicht weiter bearbeitet werde. Eine entsprechende Vorlage sei gerade in Vorbereitung.

## **TOP 6.5 Bekanntgaben - Namensvorschläge für Straßen**

StRin Kübler erkundigt sich nach dem Sachstand.

BM Kuhlmann informiert darüber, dass im Hauptausschuss eine entsprechende Vorlage komme.

## TOP 6.6 Bekanntgaben - Verschmutzung Steg Ratzengraben

StR Rieger fragt an, ob der total verschmutzte Steg nicht mit einem Dampfstrahler gereinigt werden könne, da der Steg so nicht benutzbar ist.

BM Kuhlmann **sagt** eine Überprüfung **zu**.

**TOP 6.7    Bekanntgaben - Zweiradparksituation vor Edeka Walke am  
Marktplatz**

StR Rieger weist auf die unbefriedigende Situation entlang des Bauzauns hin, wo immer wieder Mopeds und andere Räder abgestellt würden.

BM Kuhlmann will dies in einer Amtsleiterrunde besprechen.



## TOP 6.8 Bekanntgaben - Abmarkierung des Radweges beim RBZ

StR Späh fragt an, ob auf dem Erlenweg ein entsprechender Bereich für den Radweg abmarkiert werden könne, da bei Schulbeginn mit einer wesentlich höheren Verkehrsfrequenz gerechnet werden müsse.

BM Kuhlmann teilt mit, dass dies nicht Bestandteil der Konzeption war und will dies klären.

**Bauausschuss, 06.05.2013, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

- Vorsitzender: ..... BM Kuhlmann
- Stadtrat: ..... Keil
- Stadtrat: ..... Zügel
- Schriftführerin: ..... Hoch
- Gesehen: ..... OB Zeidler
- Gesehen: ..... EBM Wersch